



Ulrich Kelber

Mitglied des Deutschen Bundestages
SPD-Fraktion

Büro Berlin

Platz der Republik 1 (UdL 50)
11011 Berlin
☎ (030) 227 – 700 26
☎ (030) 227 – 760 08
✉ Ulrich.kelber@bundestag.de
www.kelber.de

Bürgerbüro Bonn

Clemens-August.-Str. 64
53115 Bonn
☎ (0228) 280 31 35
☎ (0228) 280 31 36
✉ Ulrich.kelber@wk.bundestag.de

Ulrich Kelber, MdB · Clemens-August-Str. 64 · 53015 Bonn

CDU-Kreisverband Bonn
Herrn Stephan Eisel

Per eMail

Bonn, den 1. Juni 2002

Sehr geehrter Herr Eisel,

die Frage der Arbeitsteilung der Bundesregierung zwischen Berlin und Bonn droht zu einem der Themen der Sommerpause zu werden. „Hinterbänkler“ und ostdeutsche Abgeordnete wollen sich auf Kosten unserer Stadt profilieren, auf die kleinen Parteien (Grüne, FDP, PDS) ist in dieser Frage genauso wenig Verlass wie auf den Steuerzahlerbund, Wahlkampfhelfer oder bestimmte Medien, die immer wieder den „Totalumzug“ fordern.

Den ideologischen Umzugsbefürwortern ist mit den guten Argumenten, die uns in Bonn zur Verfügung stehen, nur schwierig bei zu kommen. Auch die sozialen Aspekte eines Umzugs für 30.000 betroffene Familien scheinen diese Damen und Herren nicht zu interessieren.

Umso wichtiger ist eine klare Positionierung der beiden großen Parteien und hier insbesondere der Spitzenpersonen. Die erfolgten Bekenntnisse von Edmund Stoiber und Gerhard Schröder zugunsten Bonns stechen die Rühes und Scharpings, die Austermanns und Hilsbergs unserer Republik klar aus.

Mit seiner zweiten Aussage hat sich Edmund Stoiber klar festgelegt. Er will die Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn fortsetzen. Ich habe dies öffentlich begrüßt, in dem ich eine entsprechende Erklärung gegenüber allen Medien abgegeben habe. Erstens, weil ich kein Fan von politischen Spielchen bin und nicht andere nur deswegen kritisiere, weil sie einer anderen Partei angehören, sondern sie dann lobe, wenn sie etwas richtig machen. Und zweitens, weil eine Festlegung des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten gut für Bonn ist, weil er diese Parteien bindet und bei potentiellen Bonner Investoren Vertrauen schafft.

Leider musste ich feststellen, dass Sie leider nicht in ähnlicher Weise denken, sondern erneut das Thema Berlin-Bonn zu parteipolitischen Zwecken nutzen wollen. Sie haben – wider besseren Wissens – Gerhard Schröder vorgeworfen, sich nicht auf eine Fortsetzung der Arbeitsteilung festgelegt zu haben.



Ulrich Kelber

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 2 von 2

Ihre leicht durchschaubare Strategie schadet Bonn, weil so die Medien außerhalb unserer Region immer wieder von Unsicherheiten in der Frage berichten können, die in Wahrheit doch gar nicht existieren. Ich fordere Sie auf, beim Thema Berlin-Bonn bei der Wahrheit zu bleiben. Das ist auch gut für Bonn, weil wir das Thema aus den überregionalen Medien holen könnten, wenn wir gemeinsam betonen würden, dass mit den Festlegungen von Gerhard Schröder und Edmund Stoiber alle Zweifel beseitigt sind.

Zu Ihrer Erinnerung: Gerhard Schröder hat mehrfach die Arbeitsteilung gelobt und angekündigt, dass diese fortgesetzt werden soll. Zum Beispiel in einem Interview der ostdeutschen Zeitschrift SUPER ILLU am 27.07.2000, die Schröder unbedingt auf einen Totalumzug festlegen wollte:

„GS: Wir haben damals die Entscheidung für Berlin treffen können, weil wir fair mit den Bonnern umgegangen sind. Diesen politischen Kompromiss im Nachhinein in Frage zu stellen, wäre schofelig gegenüber Bonn. Mit den Mitteln der modernen Kommunikation sollte man es doch wirklich leisten können, bestimmte Teile der Regierung dort zu lassen, wo sie jetzt sind. SI: Das gilt dann auch über die nächste Bundestagswahl hinaus? GS: Das gilt auch über 2002 hinaus.“

Diese und ähnliche Festlegungen Schröders wurden in den regionalen Medien berichtet und von verschiedenen Ihrer Parteifreunde in der Region begrüßt. Zum Beispiel reagiert der CDU-Landrat des Kreises Ahrweiler, Dr. Jürgen Pföhler, auf die o.a. Aussage Schröders: „Ich hoffe, dass mit dem klaren Bekenntnis von Bundeskanzler Gerhard Schröder zu der vereinbarten fairen Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn die Diskussion jetzt endgültig beendet ist.“

An diesen Parteifreunden sollten Sie sich ein Beispiel nehmen und Ihre kleinlichen parteipolitischen Spielchen beenden, die unserer Stadt schaden!

Mit freundlichen Grüßen,